

## **Antrag**

**der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Sebastian Edathy, Petra Ernstberger, Petra Hinz (Essen), Dr. Eva Högl, Frank Hofmann (Volkach), Gabriele Fograscher, Iris Gleicke, Wolfgang Gunkel, Michael Hartmann (Wackernheim), Ute Kumpf, Christine Lambrecht, Kirsten Lühmann, Thomas Oppermann, Gerold Reichenbach, Rüdiger Veit, Dr. Dieter Wiefelspütz, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD**

### **Hinschauen – Dunkelfeldforschung zum Thema Rechtsextremismus**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Anlässlich des Bekanntwerdens der Verbrechen der Neonazi-Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ hat der Deutsche Bundestag in seiner Entschließung „Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden“ (Bundestagsdrucksache 17/7771) beschlossen zu überprüfen, wo Hindernisse dem Engagement demokratischer Gruppen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entgegenstehen. Darin heißt es: „Wir sind entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen. Dazu ist eine umfassende Fehleranalyse unverzichtbar. Aus Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden.“ Und weiter: „Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo dem Hindernisse entgegenstehen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben.“

Die Datenlage rechtsextremistisch motivierter Vorfälle und Fälle von „Hasskriminalität“ in Deutschland bildet die Realität nicht vollständig ab. Zivilgesellschaftliche Akteure zählen regelmäßig mehr rechtsextremistische Vorfälle und Fälle von „Hasskriminalität“ als die amtliche Statistik. So zählt die amtliche Statistik 47 Todesopfer rechtsextremer Gewalt im Zeitraum von 1990 bis 2009, wohingegen Opferberatungsstellen und Journalisten für die Zeit von 1990 bis 2009 bis zu 181 Todesopfer nennen. Beide Zählweisen erfassen nur die Fälle, in denen durch Zeugenbeobachtungen ein rechtsextremistischer Bezug herzustellen ist. Das Dunkelfeld ist dagegen überhaupt nicht erfasst.

Oft liegt der Grund dafür im Umgang der Behörden mit Rechtsextremismus im Alltag. Opfer rechter Gewalt, Beratungsstellen und Opfervereine beklagen, bundesweit gegen eine Mauer aus Ignoranz und Verharmlosung kämpfen zu müssen. Polizei und Strafverfolgungsbehörden negierten allzu oft die politischen Motive von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Darüber hinaus existiere in

vielen Städten eine Kultur des Wegschauens: Die Opfer würden in ihrer Not-situation allein gelassen, die Täter hingegen erfahren Solidarisierung, so das Er-gebnis einer kürzlich veröffentlichten Befragung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung. Insbesondere wird immer wieder eine fehlende Sensibilisierung bei Polizei und Ermittlungsbehörden im Hinblick auf rechtsextreme Straftaten bemängelt. So würden Anzeigen wegen Volksverhetzung von der Polizei mitunter gar nicht erst entgegengenommen oder bagatellisiert: Aussagen wie „ist doch gar nicht so schlimm“ deuten an, dass es sich um harmlose Beleidigungen handele. Der Rassismus wird in Frage gestellt, die Diskriminierung für die Opfer setzt sich somit auf Behördenebene fort. Das Fehlen interkultureller Kompetenz bei Polizei und Behörden ist einer der am häufigsten angesprochenen Kritikpunkte.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Forschungsauftrag zu erteilen, der statistisch ermittelt, wie viele Men-schen Opfer/Zeuge bzw. Zeugin rechtsextremer Gewalt bzw. Propaganda-delikte geworden sind. Die Ergebnisse der Studie sollen mit der amtlichen Statistik politisch motivierter Straftaten abgeglichen werden, um eine An-näherung an die tatsächlich Zahl rechtsextrem und rassistisch motivierter Straften zu erreichen;
2. einen Forschungsauftrag zu erteilen, in dem Hindernisse und Barrieren im Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sys-tematisch aufgedeckt werden. In einer solchen repräsentativen Studie sollen die Erfahrungen der Engagierten mit rechtsextremer Propaganda und rechts-extremer Gewalt transparent gemacht werden;
3. einen Bericht vorzulegen, der einen bundesweiten Überblick über die Maß-nahmen zur Steigerung der interkulturellen Kompetenz in sicherheitsrelevan-ten Bundes- und Landesbehörden gibt.

Berlin, den 7. November 2012

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**

### **Begründung**

Die Entschließung „Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicher-heitsbehörden“ (Bundestagsdrucksache 17/7771) muss mit Leben gefüllt wer-den. Die Verfassungsschutzbehörden müssen als Frühwarnsystem fungieren. Die geltende Zählweise rechtsextremer Straftaten verfehlt dieses Ziel. Die Si-cherheitsbehörden benötigen umfassende Kenntnisse, welche durch systemati-sche und kontinuierliche Opferstudien im Bereich Rechtsextremismus ergänzt und so insgesamt sichergestellt werden müssen.